



| Vorstand
Allgemeine Sozialpolitik

Stefanie Janczyk, Ressort Allgemeine Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik/AGA

Arbeitsmarktpolitik von Leiharbeit bis Mindestlohn

Lage und gewerkschaftliche Forderungen

Forum Politische Bildung 2013

in Beverungen

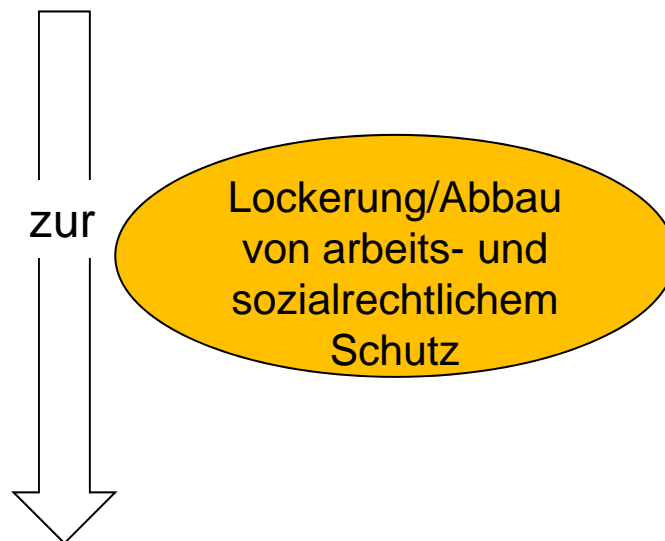
Doppelter Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik



| Vorstand

Beschäftigung

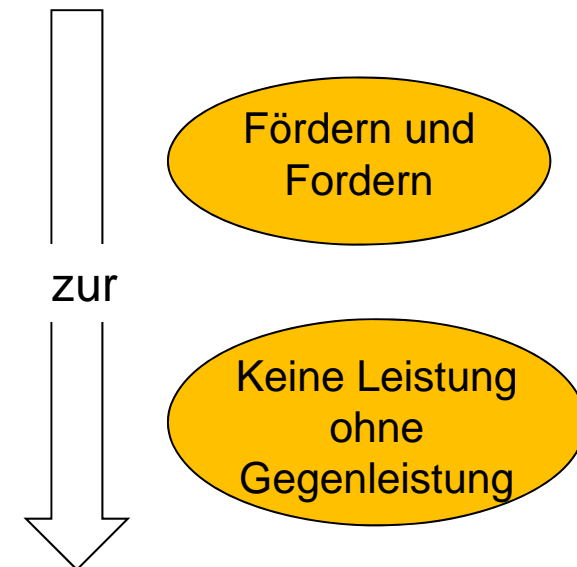
Von der Stärkung des Normalarbeitsverhältnis



Erleichterung und Ausweitung
atypischer Beschäftigung

Arbeitslosigkeit

Vom Schutz- und Absicherungsgedanken



Eigenverantwortung und Aktivierung

In der Krise haben uns nicht in erster Linie die „Arbeitsmarktreformen“ vor Massenarbeitslosigkeit bewahrt



| Vorstand

Das „Arbeitsmarktwunder“ erklärt sich durch:

➔ Reduzierung der Arbeitszeit durch Instrumente „interner Flexibilität“

- Nutzung betrieblicher Beschäftigungssicherungsvereinbarungen
- Nutzung von Arbeitszeitkonten

➔ Kurzarbeit

- Diese Instrumente haben mit den Hartz-Reformen, die vorrangig auf „**externe Flexibilität**“ setzten, nichts zu tun
- Der starke und erfolgreiche Einsatz der Instrumente „**interner Flexibilität**“ zeigt, wie flexibel der angeblich rigide deutsche Arbeitsmarkt ist

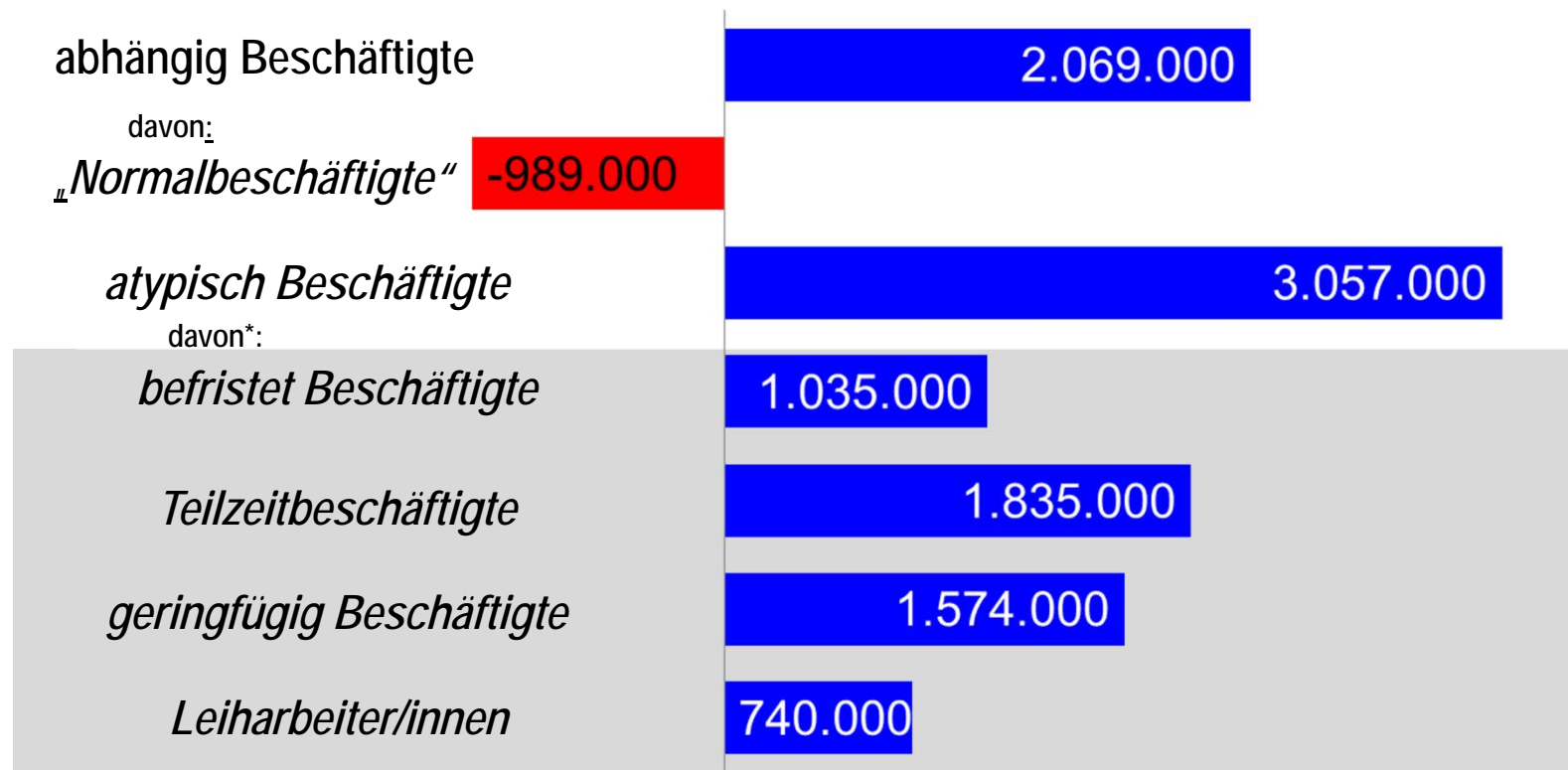
Schleichender Wandel am Arbeitsmarkt – Atypische Beschäftigung auf dem Vormarsch



| Vorstand

Veränderung der Beschäftigung zwischen 1996 und 2011

Von 1996 bis 2011 stieg die Zahl der abhängig Beschäftigten von 29,5 auf 31,6 Mio.



Quelle: Statistisches Bundesamt 2012 (Mikrozensus), eigene Berechnungen

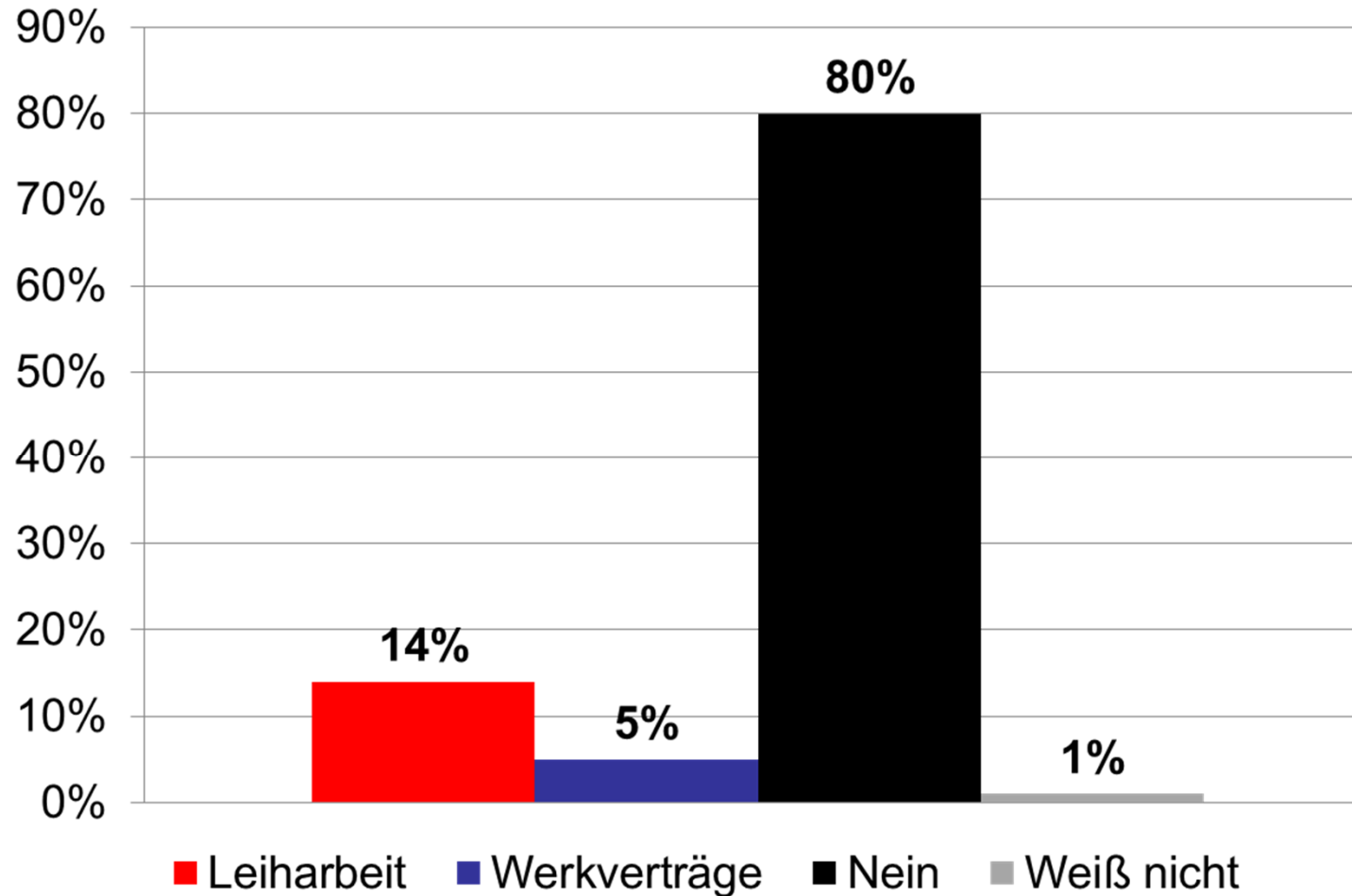
* Mehrfachnennungen
möglich

Fast ein Fünftel der Betriebsräte im Bereich der IG Metall sieht Verdrängung von Stammarbeitsplätzen



| Vorstand

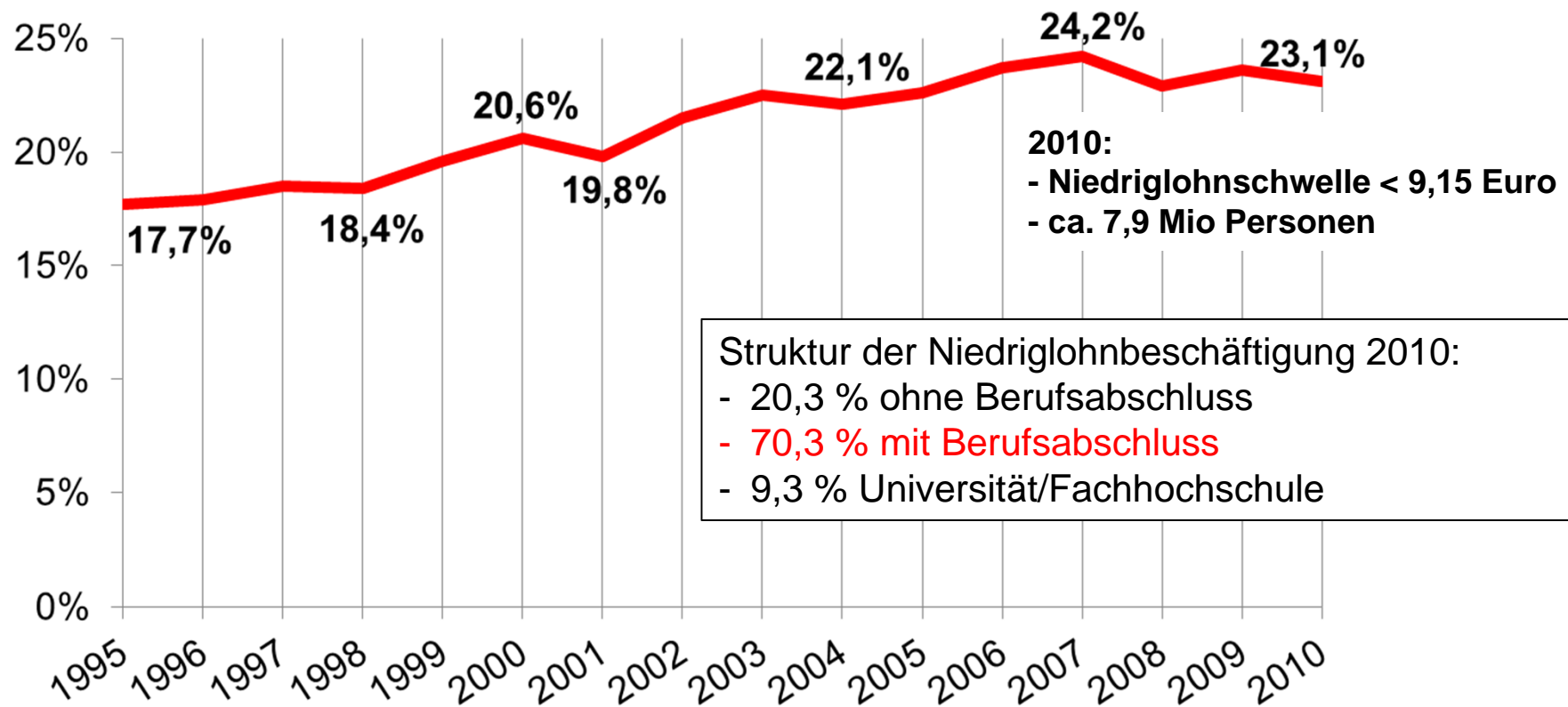
Wurden in Eurem Betrieb Stammarbeitsplätze ersetzt durch:



Quelle: Betriebsrätebefragung der IG Metall zur Beschäftigungsentwicklung, September 2012



Anteil der Niedriglohnbeschäftigung (relativer Schwellenwert von zwei Drittel des bundesweiten Medianlohns)



Quelle: IAQ-Report 1/2012

Atypisch Beschäftigte bei beruflicher Weiterbildung benachteiligt



| Vorstand

Weiterbildungsquoten für formale¹ berufliche Weiterbildung nach Beschäftigungsform (in Prozent)

	Gesamt		Normal		Atypisch		Befristet		Teilzeit		Zeitarbeit		Geringfügig	
	2006	2012	2006	2012	2006	2012	2006	2012	2006	2012	2006	2012	2006	2012
Formale Weiterbildung	57,8	58,9	62,2	64,0	48,1	47,8	44,1	48,1	48,2	48,5	43,2	27,1	22,8	22,9

Quelle: BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2005/06 und 2011/12; eigene Berechnungen. Anteilswise hochgerechnet. Bertelsmann Stiftung.

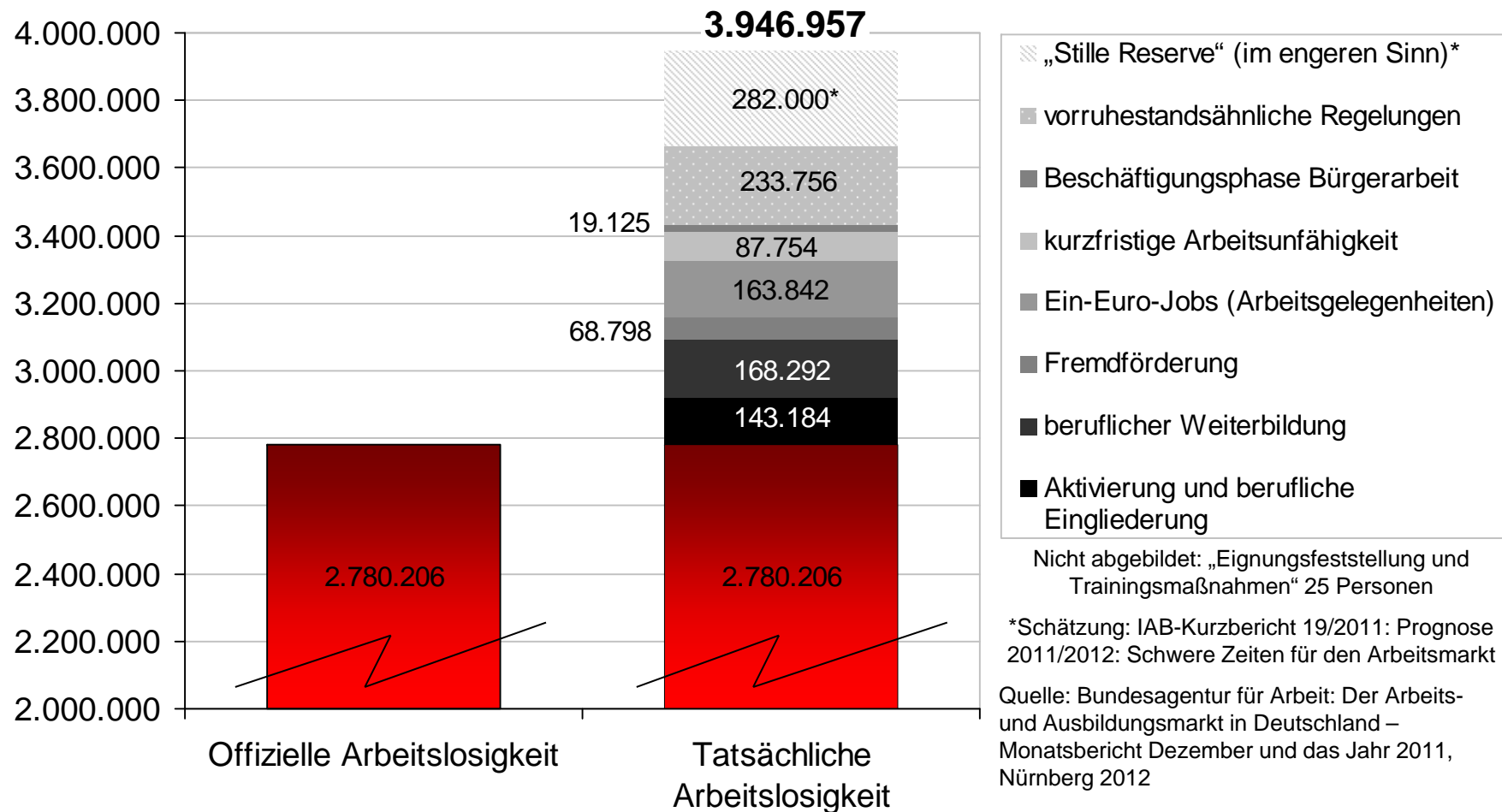
¹ Die Studie betrachtet hier formale und non-formale berufsbezogene Weiterbildung, fasst diese aber unter dem Begriff „formale Weiterbildung“ zusammen. Hierunter werden organisierte Lernaktivitäten in Form von Kursen oder Seminaren verstanden.

Arbeitslosenstatistik: Mehr Schein als Sein...



| Vorstand

Arbeitslosenstatistik – Beispiel Dezember 2011

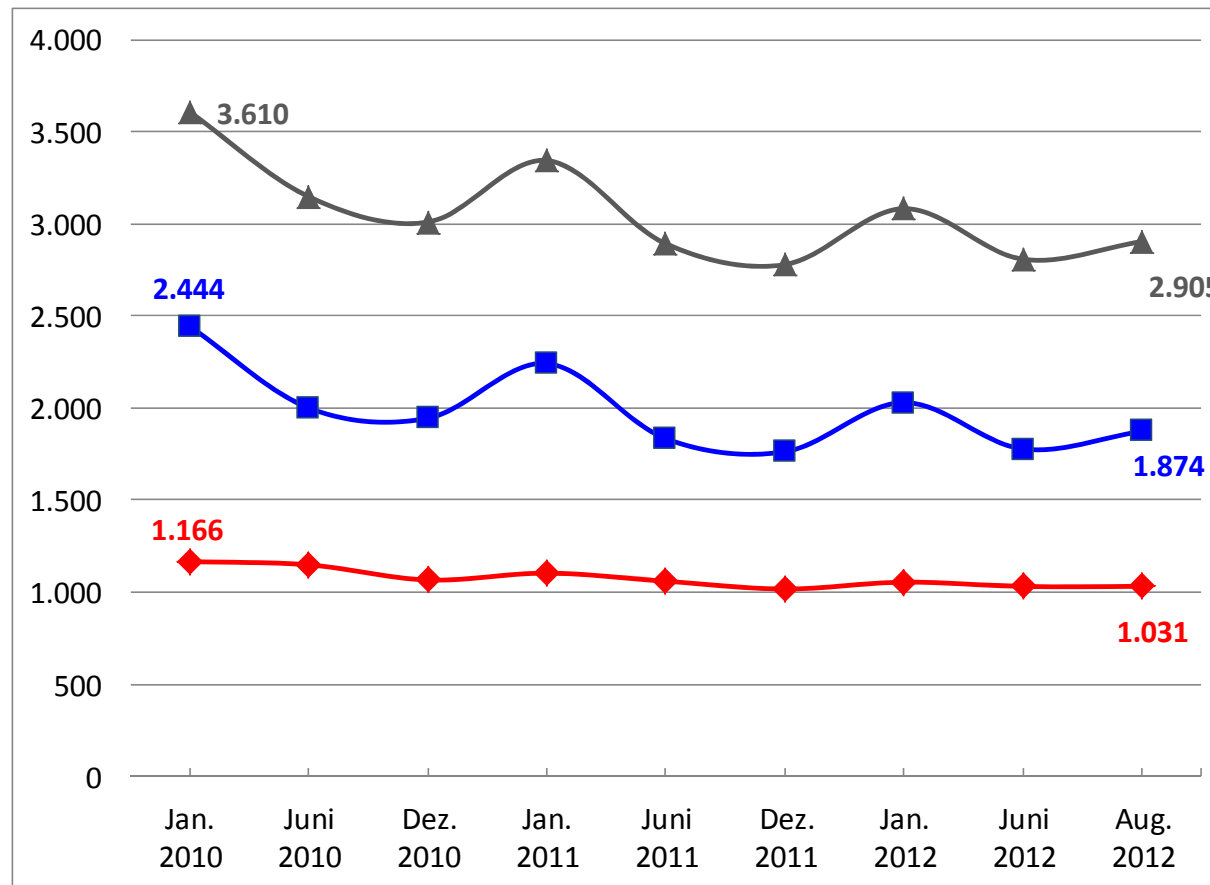


Weniger Chancen für Langzeitarbeitslose am Arbeitsmarkt



| Vorstand

Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (in Tausend)



Arbeitslose insgesamt

Kurzzeitarbeitslose
(bis zu 12 Monate arbeitslos)

Langzeitarbeitslose
(> 12 Monate arbeitslos)

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

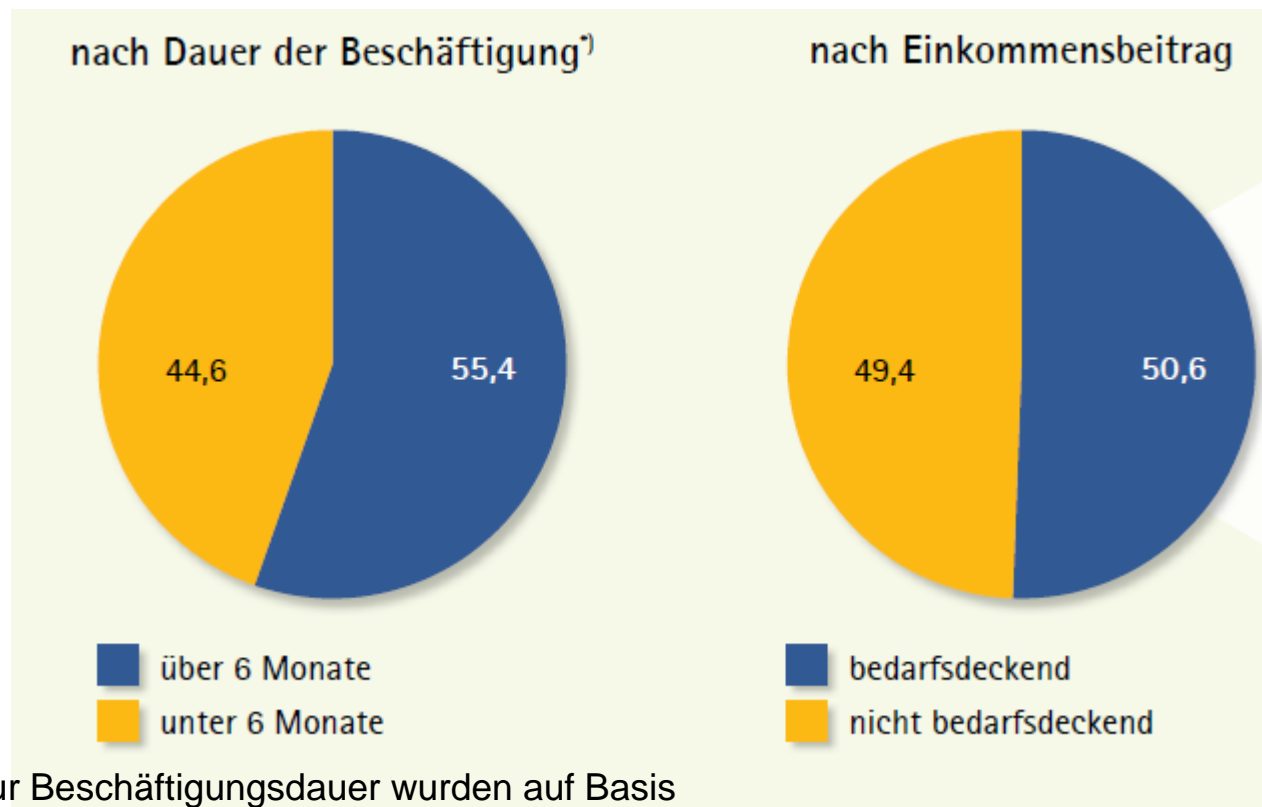
Endlosschleife: Ständiger Wechsel von Arbeitslosigkeit und Jobs von kurzer Dauer



| Vorstand

Arbeitsaufnahmen von Hartz IV Beziehern 2008 (in Prozent)

Im Jahr 2008 nahmen 1,177 Mio. Hartz IV-Empfänger, die zuvor arbeitslos waren, eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf.



^{*)} Angaben zur Beschäftigungsdauer wurden auf Basis des 1. Halbjahres 2008 hochgerechnet.

Quelle: IAB-Kurzbericht 14/2011



- ➔ **Nur knapp 30% der Arbeitslosen werden vom Versicherungssystem (ALG I) betreut**
- ➔ **Jeder Zehnte ALG I-Empfänger erhält ergänzend Hartz IV**
- ➔ **Jeder vierte Beschäftigte, der seinen Job verliert, landet direkt in Hartz IV, weil er/sie**
 - nicht lange genug gearbeitet hat, um Anspruch auf ALG I zu haben
 - ein so niedriges ALG I erhielt, dass dies durch Hartz IV aufgestockt
- ➔ **Der Weg von Beschäftigung ins Hartz IV-System ist kurz: Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit: Hartz IV**
- ➔ **Hartz IV-System:**
 - System von Anforderungen und Zumutungen für Betroffene
 - Keine Gewährung eines menschenwürdigen Existenzminimums
 - Entfaltung von Druck auch auf Beschäftigte und Interessenvertretungen

Europa: Abbau des Sozialstaats im Windschatten der Krise



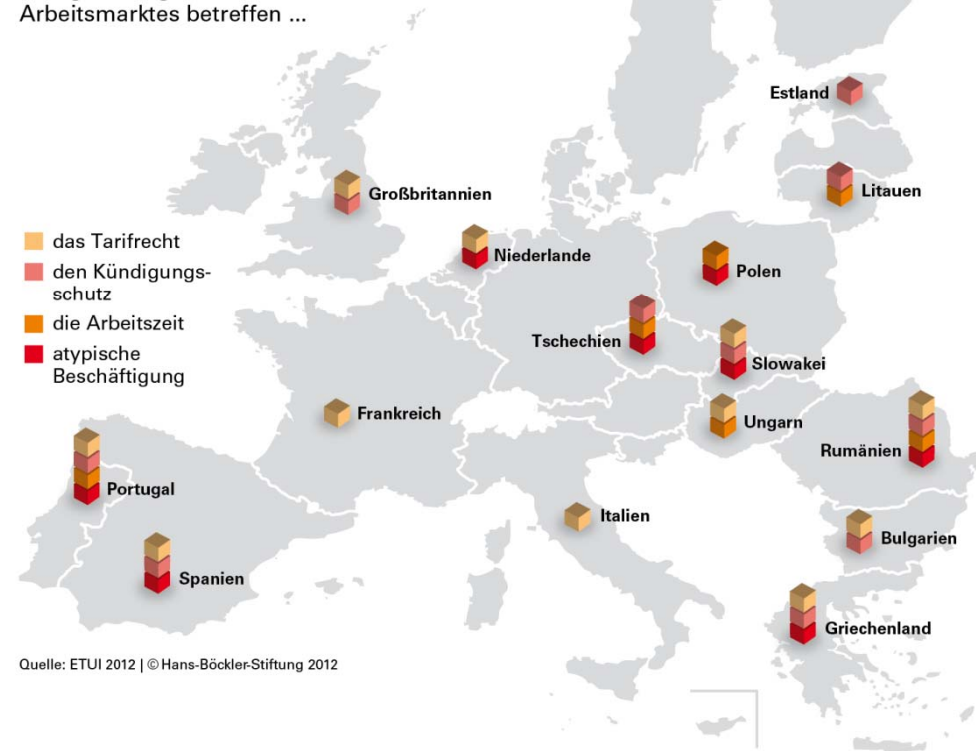
| Vorstand

Es wird:

- ➔ **Atypische Beschäftigung ausgeweitet**
- ➔ **Kündigungsschutz aufgeweicht**
- ➔ **Arbeitszeitverlängerung erleichtert**
- ➔ **Tarifsystem geschwächt**
- ➔ ...

Krisenpolitik schwächt Arbeitsrecht

Deregulierungen des Arbeitsmarktes betreffen ...













Quelle: ETUI 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012


Quelle: ETUI 2012 und BöcklerImpuls 9/2012

Arbeitsmarkt: Das meinen die Parteien zu wesentlichen Forderungen der IG Metall



| Vorstand

Die IG Metall fordert ...	CDU/ CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
einen einheitlichen, flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 €	Verpflichtung der Tarifparteien zur Festlegung verbindlicher Lohnuntergrenzen in Branchen ohne Tarifvertrag; regionale/ sektorale Differenzierungen möglich. 	Einheitlicher flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 € 	Kein allgemeiner flächendeckender Mindestlohn. 	Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 10 €, weitere Steigerung auf mindestens 12 €. 	Allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 €. 
Leiharbeit verhindern und eindämmen: Gleiche Arbeit – Gleiche Rechte – Gleiches Geld, Begrenzung Verleihdauer, Synchronisationsverbot, Ausbau Mitbestimmung.	Festhalten an Abweichmöglichkeit von Equal-Pay durch Tarifvertrag; ggf. Prüfung von Handlungsbedarf 	Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit; Synchronisationsverbot wieder einführen; Ausbau der Mitbestimmung des Betriebsrates 	Kein Handlungsbedarf. 	Langfristig ein Verbot der Leiharbeit, bis dahin: Equal Pay, Flexibilitätszulage von 10%, Begrenzung der Verweildauer auf wenige Monate, Synchronisationsverbot. 	Mindestens die gleiche Entlohnung wie Stammbeschäftigte; Flexibilitätsbonus; gleiche Rechte ab dem ersten Tag 

 Zustimmung

 Zum Teil Zustimmung

 Ablehnung



| Vorstand

Arbeitsmarkt: Das meinen die Parteien zu wesentlichen Forderungen der IG Metall

Die IG Metall fordert ...	CDU/ CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
die Abschaffung sachgrundloser Befristungen.	Einschränkung befristeter Beschäftigung. 	Abschaffung sachgrundloser Befristungen. 	Lockerung des Vorbeschäftigungsverbots. 	Abschaffung sachgrundloser Befristungen. 	Abschaffung sachgrundloser Befristungen.
die Abschaffung des Sonderstatus der Minijobs.	Festhalten am Sonderstatus der Minijobs. 	Umgehung des Arbeitsrechts bei Minijobs ausschließen und soziale Absicherung verbessern. 	Festhalten an Minijobs in der jetzigen Form. 	Volle Sozialversicherungspflicht für Minijobs ab der ersten Stunde. 	Begrenzung Anzahl Minijobber pro Betrieb, Stundenobergrenze, Gleichbehandlung. Einstieg in Reform der Sozialversicherungspflicht.
die stärkere Ausrichtung auf nachhaltige Vermittlung in gute Arbeit.	Frühzeitige Aktivierung Arbeitsloser und schnellstmögliche Integration in den 1. Arbeitsmarkt. 	Vorrangig: sozialversicherungspflichtige, gute Arbeit auf dem 1. Arbeitsmarkt, bessere Betreuung Arbeitsloser 	Verbesserung des Fallmanagements und des Betreuungsschlüssels. 	Rechtskreisübergreifende Stärkung der Vermittlung in gute Arbeit und nachhaltige Maßnahmen; Rechtsansprüche für Arbeitslose auf Fördermaßnahmen. 	Verbesserung der Weiterbildung für Arbeitslose; Wahlrecht für Arbeitslose bei Maßnahmen.



Zustimmung



Zum Teil Zustimmung


















Ablehnung

Arbeitsmarkt: Das meinen die Parteien zu wesentlichen Forderungen der IG Metall













| Vorstand

Die IG Metall fordert ...	CDU/ CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
die Verlängerung der Bezugsdauer des ALG I auf bis zu 36 Monate.	Diese Verlängerung wird von der Union nicht befürwortet. 	Eine solche Verlängerung ist nicht vorgesehen. 	Diese Verlängerung wird von der FDP nicht befürwortet. 	Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, Umfang unklar. 	Eine solche Verlängerung ist nicht vorgesehen. 
die Verlängerung der Rahmenfrist von zwei auf drei Jahre.	Keine Änderung vorgesehen. 	Verlängerung der Rahmenfrist von zwei auf drei Jahre. 	Keine Änderung vorgesehen. 	Verlängerung der Rahmenfrist von zwei auf drei Jahre. 	Arbeitslosengeld, wenn mind. vier Monate innerhalb von 2 Jahren Beiträge gezahlt wurden. Anspruch steigt mit Dauer d. Beitragszahlung. 
bedarfsgerechte und existenzsichernde Regelsätze und ihre deutliche Anhebung sowie die Abschaffung von Sanktionen gegen Hartz IV-Empfänger.	Es wird kein Veränderungsbedarf der derzeitigen Regelung gesehen. 	Die SPD tritt für verfassungsfeste Regelsätze ein. Keine Abschaffung oder Aussetzung von Sanktionen vorgesehen. 	Schrittweise Einführung eines liberalen Bürgergeldes (Zusammenfassung steuerfinanzierter Sozialleistungen); keine Änderung bei Sanktionen.v 	Statt Hartz IV sanktionsfreie Mindestsicherung, kurzfristig Anhebung des Regelsatzes auf 500 € und Abschaffung der Sanktionen 	Anhebung des Regelsatzes auf 420 €; statt Bildungs- und Teilhabepaket Erhöhung des Kinderregelsatzes; Sanktionsmoratorium bis zur Erarbeitung neuer Regeln. 

Arbeitsmarkt: Das meinen die Parteien zu wesentlichen Forderungen der IG Metall



| Vorstand

Die IG Metall fordert ...	CDU/ CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Zumutbarkeitsregelungen, die Arbeitslose nicht zwingen, untertariflich/ortsüblich zu arbeiten.	Keine Veränderung vorgesehen 	Keine Vermittlung in Arbeit unterhalb ortsüblicher Entgelte. 	Keine Veränderung vorgesehen 	Unzumutbar soll Arbeit sein, die untertariflich bezahlt wird bzw. unterhalb von 10 Euro liegt 	Keine Veränderung vorgesehen 
einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor: längerfristige, tariflich/ortsüblich bezahlte, zusätzliche sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigung.	Öffentlich geförderte Beschäftigung im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten 	Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung für Langzeitarbeitslose; Sechsmontatige Überprüfung, ob eine Integration in 1. Arbeitsmarkt möglich 	Keine neuen gesonderten Regelungen vorgesehen 	Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor für Arbeitslose: zusätzliche, existenzsichernde, Tariflich abgesicherte Arbeitsplätze, Teilnahme ist freiwillig 	Schaffung eines sozialen Arbeitsmarkts für Langzeitarbeitslose mit multiplen Problemlagen, Teilnahme ist freiwillig. 

 Zustimmung

 Zum Teil Zustimmung

 Ablehnung



| Vorstand

Vielen Dank!

